

Perspektiven

Wir wickeln Verfahren zur Genehmigung von Anlagen im Einklang mit der Umwelt und unter Berücksichtigung der Interessen der Wirtschaft und der Betroffenen möglichst effektiv und effizient ab, um ein hohes Schutzniveau für die Umwelt zu gewährleisten und den Wirtschaftsstandort Oberösterreich zu stärken.

2.4 UMWELTGERECHTE ANLAGEN

Aktuelle Situation in Oberösterreich

Die Bedeutung Oberösterreichs als Wirtschaftsregion in Europa und die Rolle als führendes Export-, Technologie- und Industriebundesland in Österreich¹ spiegelt sich auch an der Anzahl der durchgeführten jährlichen Betriebsanlagenverfahren bzw. Verfahren nach dem Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002) bzw. dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 (UVP-G 2000) wider.

Von den bestehenden Betriebsanlagen sind 194 IPPC(Integrated Pollution Prevention and Control)-Anlagen. Es handelt sich dabei um die größten Industrieanlagen des Landes. Diese großen Industrieanlagen sind durchwegs verpflichtet,

ihre gesamten Emissionen in die Luft, ins Wasser und in den Boden sowie Lärm und Abfallbewegungen zu melden. Das Europäische Schadstofffreisetzung- und -verbringungsregister (E-PRTR; European Pollutant Release and Transfer Register) informiert die Öffentlichkeit über Schadstoffemissionen und Abfallbewegungen, die bei großen Betrieben verschiedener Wirtschaftszweige entstehen. Berichtspflichtig sind Betriebseinrichtungen, die bestimmte Schwellenwerte bei der Schadstofffreisetzung überschreiten. Aus diesen gemeldeten Daten lassen sich die Gesamtemissionen eines Jahres für eine bestimmte Region ablesen.

Neben einer weiteren Reduktion von Luftschadstoffen haben auch die Verringerung des CO₂-Ausstoßes und damit

Anzahl der Verfahren

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Σ
1) Betriebsanlagenverfahren bei den Bezirkshauptmannschaften	2.317	2.248	2.046	1.619	2.085	1.841	11.976
2) Betriebsanlagenverfahren bei den Magistraten	399	336	309	326	367	355	2.092
3) UVP-Verfahren bei der Landesregierung/ beim Landeshauptmann							
a) Neu- bzw. Änderungsgenehmigungen gesamt	41	49	28	34	17	38	207
davon Änderungsgenehmigungen voestalpine	36	33	22	28	13	33	165
b) Abnahmeprüfungen	1	3	1	1	4	3	13
c) Feststellungsverfahren	7	11	18	17	14	14	81
4) AWG-Verfahren beim Landeshauptmann	181	212	183	160	212	136	1.084
AWG-Anlagenüberwachung (inkl. Umweltinspektion)	20	27	46	36	27	26	182

¹ Quelle: Website Land OÖ (Themen > Europa und Internationales > Oberösterreich in der Welt > Standort Oberösterreich)



Werksgelände der voestalpine Stahl GmbH

Quelle: voestalpine mediaworlds

verbunden der Ausbau der erneuerbaren Energien hohe Priorität. Für mehrere Projekte zur Gewinnung von grüner Energie wurden Genehmigungen nach dem UVP-G 2000 erteilt. Auch hinsichtlich des Ausbaus des Stromnetzes zum Abtransport der Energie wurden in den vergangenen Jahren erste wichtige Schritte gesetzt. Mit der Genehmigung mehrerer Vorhaben zur Umsetzung der Kreislaufwirtschaft wurde der Grundstein für die Reduktion des Ressourcenverbrauchs sowie allgemein von Emissionen gelegt. Die von der voestalpine geplanten neuen Elektrolichtbogenöfen für die Stahlerzeugung werden einen weiteren, wesentlichen Beitrag zur CO₂-Reduktion darstellen. Auch durch den Einsatz von Wasserstoff kann CO₂ eingespart werden. Am Standort der voestalpine in Linz wurde eine der weltweit größten Versuchsanlagen zur Herstellung von grünem Wasserstoff im industriellen Maßstab errichtet („H2FUTURE“). Dort wird die Produktion von grünem, also mit erneuerbarem Strom erzeugten, Wasserstoff getestet und die Einsatzmöglichkeiten in der Stahlherstellung werden erprobt. Das Projekt untersucht zentrale Fragestellungen der Sektorkopplung von Energie und Industrie sowie die breitflächige Übertragbarkeit der Technologie auf EU-Ebene.

Projekte und Aktivitäten

Digitale Transformation in Anlagenverfahren

2018 wurden interne Projekte für die Digitalisierung von UVP-Verfahren bzw. Verfahren nach dem AVG im Generellen begonnen. Die digitale Transformation ist auch im aktuellen

Oö. Regierungsprogramm (2021–2027) verankert. Seit Anfang 2022 wird intensiv an der Systemplattform EPA-ÖÖ (Elektronische Plattform für Anlagenverfahren) gearbeitet, welche die gesamte Abwicklung von verschiedensten Verwaltungsverfahren für Anlagen zum Ziel hat. Eine kollaborative Zusammenarbeit aller an einem Verfahren Beteiligten, die Zurverfügungstellung von vorhandenen Daten und Informationen („Once-Only-Prinzip“), die strukturierte Erfassung und Verarbeitung von Antragsdaten sind als wesentliche Vorteile zu nennen. Mit der schrittweisen prototypischen Umsetzung für einzelne Verfahrenstypen wurde bereits begonnen.

Verfahrensbeschleunigung und Verfahrenseffizienz

Zur Optimierung der im Durchschnitt ohnehin schon sehr kurzen Verfahrensdauer bei Betriebsanlagenverfahren wurde evaluiert, wo Gründe für Verzögerungen liegen. Dabei wurden Maßnahmen ausgearbeitet und umgesetzt. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe beim BMK wurden Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz von Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) definiert und zum Teil bereits mit der UVP-Novelle 2023 umgesetzt.

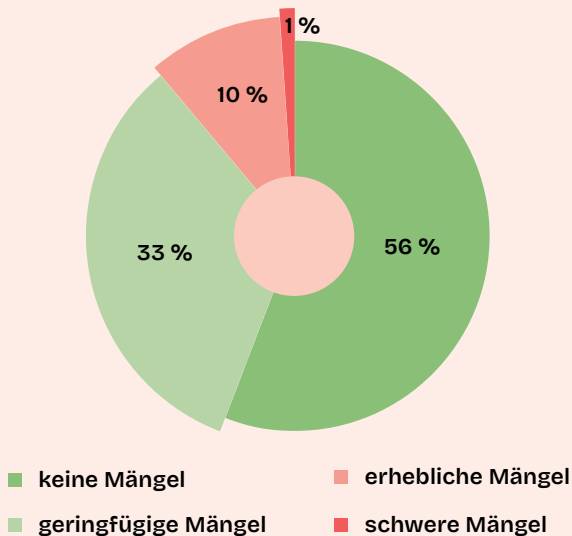
Durchführung von Umweltinspektionen

Bei allen IPPC-Betriebsanlagen müssen seit dem Jahr 2014 regelmäßig Umweltinspektionen durchgeführt werden. Dabei haben die Behörden die Einhaltung der umwelttechnischen Auflagen und Vorschriften zu kontrollieren und in einem Umweltinspektionsbericht zu dokumentieren, der auf der EDM-Plattform (www.edm.gv.at) veröffentlicht wird.

Im Zeitraum von 2017 bis Ende 2022 wurden 374 Umweltinspektionen mit folgendem Ergebnis durchgeführt:

Festgestellte Mängel bei Umweltinspektionen 2017 bis 2022

Quelle: Land OÖ



Erfreulich ist, dass nur 4 Anlagen (= 1 %) schwere Mängel aufwiesen und dass immerhin 211 der überprüften Anlagen mängelfrei arbeiteten. Dies zeigt auch das Verantwortungsbewusstsein in den Betrieben.

Wichtige Projekte und Aktivitäten – chronologische Auflistung

2022

- ▶ Genehmigungen für Werkshauptanspeisung und Umspannwerk Hütte Süd als erste Grundlagen für die geplanten Elektrolichtbogenöfen für die Stahlerzeugung in der voestalpine
- ▶ Abschluss der Räumungsarbeiten auf den Sanierungsteilflächen der Altlast O76 am Werksgelände der voestalpine
- ▶ Finalisierung der Sanierung „Baurestmassendeponie Ohlsdorf“ durch Installation einer Vorreinigung von Deponiesickerwässern
- ▶ Definition der Mindestanforderungen für Verfahren nach dem Oö. USchG für Intensivtierhaltungsbetriebe (gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer OÖ)

2021

- ▶ Genehmigung 4-gleisiger Ausbau der Westbahnstrecke von Linz bis Marchtrenk bzw. von Marchtrenk bis Wels
- ▶ Genehmigung einer Kapazitätserweiterung der AMAG in Ranshofen
- ▶ Genehmigung des Projekts „BETA 3“ (integrierte Beize im Kaltwalzwerk 3) der voestalpine

2020

- ▶ Genehmigung Rohstoffpark Bernegger in Enns (7 jeweils für sich UVP-pflichtige Vorhaben)
- ▶ Genehmigung Erweiterung Kiesabbau Roitham für ASAMER
- ▶ Genehmigung Baurestmassen- und Bodenaushubdeponie Hasenöhr in Sierning

2019

- ▶ Genehmigung 4-streifiger Ausbau der B1 von Neubau bis Marchtrenk, Abschnitt Hörsching
- ▶ Genehmigung Deponiepark Kreisbichl für Felbermayr in Edt bei Lambach

2018

- ▶ Genehmigung einer Kapazitätserweiterung in der Papierfabrik Laakirchen
- ▶ Genehmigung Erweiterung Kiesabbau Treul in Stadl-Paura
- ▶ Evaluierung der Qualitätssicherung für Deponieaufsichten

2017

- ▶ Genehmigung Pumpspeicherkraftwerk Ebensee der Energie AG
- ▶ Genehmigung Ersatzneubau Wasserkraftwerk Danzermühl
- ▶ Abnahmeprüfung samt Bescheidkonsolidierung der Nasstrennanlage der Arge GROUND UNIT

Wichtig fürs Klima

Der starke Industriesektor spielt für Oberösterreich eine besondere Rolle, er ist aber auch für einen großen Teil an Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Die Begleitung von Projekten zur Steigerung des Anteils an erneuerbaren Energien, zur Erhöhung der Effizienz von Anlagen oder zur Etablierung einer Kreislaufwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

Nächste Schritte

- ▶ weitere Optimierung der Umweltinspektionen
- ▶ Ausweitung der Bescheidkonsolidierung bei größeren Betriebsanlagen zur weiteren Verringerung des Verwaltungsaufwands auf beiden Seiten
- ▶ Umsetzung ins Landesrecht der erwarteten überarbeiteten Industrieemissionsrichtlinie
- ▶ Weiterentwicklung der Systemplattform EPA-OÖ für die elektronische Einreichung und Abwicklung von anlagenbezogenen Verwaltungsverfahren

Gesetzliche und fachliche Grundlagen

- Gewerbeordnung 1994 (GewO 1994), BGBl. Nr. 194/1994, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 75/2023
- Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 (UVP-G 2000), BGBl. Nr. 697/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 26/2023
- Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002), BGBl. I Nr. 102/2002, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 66/2023
- Oö. Abfallwirtschaftsgesetz 2009, LGBl. Nr. 71/2009, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 86/2021
- Deponieverordnung 2008 (DVO 2008), BGBl. II Nr. 39/2008, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 144/2021
- Mineralrohstoffgesetz (MinroG), BGBl. I Nr. 38/1999, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 60/2022
- Oö. Umweltschutzgesetz 1996 (Oö. USchG), LGBl. Nr. 84/1996, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 111/2022
- E-PRTR-Begleitverordnung (E-PRTR-BV), BGBl. II Nr. 380/2007, geändert durch BGBl. II Nr. 223/2020
- Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über genehmigungsfreie Arten von Betriebsanlagen (2. Genehmigungsfreistellungsverordnung), BGBl. II Nr. 80/2015, geändert durch BGBl. II Nr. 172/2018
- Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung)
- Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1135 der Kommission vom 10. August 2018 zur Festlegung, welche Art von Informationen die Mitgliedstaaten in welcher Form und mit welcher Häufigkeit für die Berichterstattung über die Umsetzung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen zu übermitteln haben

Global denken – lokal handeln. Die Maßnahmen tragen dazu bei, folgende UN-Nachhaltigkeitsziele zu erreichen:

